

Die Wumms-Bremse

Olaf Scholz ist der Kanzlerkandidat der SPD. Aber in welcher Koalition könnte er eine Regierung bilden? | Von Yasmine M'Barek

Olaf Scholz ist, wie seine beiden Vorgänger, ein Kanzlerkandidat ohne Kanzlerambition. Dessen ist er sich bewusst, er darf es bloß nicht nach außen tragen.

Die Coronakrise machte ihn zum Top-Mann der SPD. Er ließ die schwarze Null hinter sich, packte die Bazooka aus und ist nach der Kanzlerin nun der beliebteste Politiker des Kabinetts. Dabei schien es noch vor einem Jahr unvorstellbar, dass Scholz sich je von seinem Tief erholen würde. Die Wahl der Parteivorsitzenden, die letztendlich eine „Alles-außer-Olaf-Wahl“ war, zeigte deutlich, was seine Partei nicht wollte. Nun ist er das Einzige, was die SPD hat. Tatsächlich könnte es ihm gelingen, die Sozialdemokraten nochmal für sich zu begeistern, wie er es bereits 2011 tat, als er die Hamburger SPD 2011 aus dem Tief gegen eine durch Ole von Beust 2001 an die Macht gekommene CDU zurück ins Rathaus führte.

Dabei darf er allerdings nicht so kühl und unerreichbar auftreten, wie es bei der Vorsitzendenwahl der Fall war. Intern heißt es, Scholz sei ein brennender, entschlossener Sozialdemokrat, der überzeugen kann. Zudem scheint er anpassungsfähig: Scholz war unter Gerhard Schröder Generalsekretär, zweimal Bundesminister, führte aber auch hanseatische, progressive Regierungen an.

Aber: Wofür all dieser Aufwand? Seine Pläne werden spätestens bei der Konzeption einer Regierung im Bund scheitern. Ko-Parteichefin Saskia Esken zeigte sich offen für ein „progressives Bündnis“ mit Linken und Grünen. Scholz lehnte dies bisher nicht ab, zeigte sich jedoch – berechtigterweise



Kandidat ohne Koalition? Olaf Scholz

– skeptisch. An der Parteibasis wächst zugleich die Euphorie über jenes Szenario. Ausgerechnet der Kandidat der alten (Neuen?) Mitte soll, schon aus taktischen Gründen, die Option eines Linksbündnisses offenhalten. Die Basis hatte sich mit der Wahl von Esken und Walter-Borjans intern auf linkere Politik festgelegt, aber Scholz soll die SPD nach außen aufpäppeln.

Man kann jedoch von Scholz nicht erwarten, all seine Überzeugungen – und das, wofür er gemocht wird, nämlich ein Mann der Mitte zu sein – über Bord zu werfen, um nur irgendwie eine Regierung bilden zu können. Das kann nicht gut gehen.

Der eher spärliche Zuwachs von 2 Prozent, die eine Forsa-Umfrage ihm zuweist, macht es deutlich: Kanzlerkandidat „mit

Wumms“ sieht anders aus. Der innerparteiliche Richtungsstreit rächt sich dort. Scholz wird sich dessen bewusst sein.

Nach einer langen, stagnierenden Zeit unter Angela Merkel wünschen sich die Wählerinnen und Wähler wieder Bewegung, linke Politik – aber keine linke Regierung. Eine Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei kommt den einschlägigen Umfragen zufolge gerade einmal auf 40 Prozent.

Eine erneute Große Koalition dürfte auszuschließen sein, besser stehen die Chancen für eine schwarz-grüne Regierung. Wieso sollten die Grünen denn auch ein linkes Bündnis mittragen, wenn sie nicht links sind? Sie sind der Union weit- aus näher, spätestens seit sie in Schröders

rot-grüner Regierung im Kosovo ihren Pazifismus ablegten.

Rüstung ist einer der vielen Punkte, die besonders ein Bündnis zwischen SPD und Linke als unrealistisch erscheinen lässt. Scholz sagt, in Bezug auf ein „progressives Bündnis“ gebe es vor allem mit Blick auf die Regierungsfähigkeit der Linkspartei „noch viele Fragen, da wird es sicherlich viel zu diskutieren geben“. Jüngst griffen Vertreter der Linkspartei den Vizekanzler dafür an, für wachsenden Rüstungsexport mitverantwortlich zu sein. Ebenfalls könnte eine Koalition an dem Punkt Nato scheitern. Parteichefin Katja Kipping sagte, diese habe sich als „Wertebündnis erledigt“, die SPD hingegen sieht eine aktive Mitgliedschaft als Hauptbedingung.

Auch sonst birgt die Außenpolitik viel Sprengstoff. Die Linken wollen den Rüstungsexport einstellen und Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, womit Deutschlands Rolle im atlantischen Bündnis erheblich geschwächt würde. Für die SPD ist das kein Ansatz der SPD, wenn sie sich in der Mitte nicht unbeliebt machen möchte. Wie sagte Peer Steinbrück bereits: „Mit den Linken kann ich international

nicht auftreten, schon auf der EU-Ebene nicht. Wie können Sie sich vorstellen, dass ich mit irgendeinem Linken auftauche in der Eurogruppe oder im ECOFIN, im G7 Kreis?“ Dieser Frage wird sich Scholz, der eher der Parteirechten zugeordnet wird, auch stellen müssen.

Darüber hinaus ist unter den möglichen Koalitionspartnern die Einstellung zu Russland höchst konträr. Die Linken finden sich beinahe reflexartig im russischen Lager, ganz gleich, um welche konkrete Frage es geht. Ihr Motto: Kooperation mit Russland statt Konfrontation im Bündnis mit der Nato. Außerdem ist der in Teilen der Linken ausgeprägte Antisemitismus und die Ablehnung Israels unvereinbar mit den Werten der SPD. Ebenso bedenklich in Zeiten der Pandemie: die in der Linkspartei verbreitete Ablehnung der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Festzuhalten bleibt: Ein linkes Bündnis als Möglichkeit offenzuhalten, ist der bloße Versuch der SPD, darüber hinwegzutäuschen, dass die Partei selbst daran glaubt, die Bundestagswahl gewinnen zu können.

Einer der entscheidenden Gründe für die trüben Aussichten ist die SPD selbst. Die destruktiven innerparteilichen Diskussionen könnten die Stimmung kippen. Nicht nur die Kandidatur für den Juso-Vorsitz von Jessica Rosenthal könnte ungemütlich für Scholz werden, auch Kevin Kühnert gilt nicht als großer Scholz-Fan. Aber: Könnte er als neuer Generalsekretär für mehr Einigkeit in der Partei sorgen? Kein Zweifel: Die Partei muss zugleich gehen aufzutreten – und eine gehaltvolle progressive Diskussion anstoßen, um nicht komplett abgeschrieben zu werden.



YASMINE M'BAREK

ist freie Journalistin und arbeitet in Köln und Berlin. Ihre Themenschwerpunkte sind deutsche Innen- und Wirtschaftspolitik. Das Medium Magazin ernannte M'Barek 2020 zu einer der „Top 30 bis 30“ im Journalismus.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Illusionen

Die Aktienmärkte haussieren. Die Krisenstimmung ist verschwunden, die Welt der Finanzmärkte nach den scharfen Einbrüchen im Frühjahr wieder in Ordnung. Und das – bemerkenswerterweise – auch noch in einer Zeit, in der die Pandemie alles andere als unter Kontrolle und die Erholung der Volkswirtschaften noch überhaupt nicht sicher ist.

Gleichwohl lässt sich die Entwicklung an den Aktienmärkten begründen: etwa mit wachsenden Unternehmensgewinnen bis zum Beginn der Krise oder mit dem historischen Faktum, dass Bullenmärkte – von Zäsuren abgesehen – im Durchschnitt nun mal über 25 Jahre laufen. Wichtigster Treiber aber ist das Geld, unendlich viel Geld, das die Notenbanken und Regierungen derzeit in die von Lockdowns gestressten Volkswirtschaften und damit in die Märkte pumpen.

Zumindest an den Aktienmärkten scheint diese Strategie der Krisenbewältigung zu funktionieren. Vermögen, die durch die Kurseinbrüche im Frühjahr vernichtet wurden, sind inzwischen wieder entstanden. Nur, was sich auf den ersten Blick nach 2008 erneut als veritabler Erfolg von Regierungshandeln und Zentralbankinterventionen deuten ließe, erweist sich auf den zweiten als problematisch: Die Liquiditätsschwemme geht schließlich mit der Abschaffung der zentralen volkswirtschaftlichen Referenzgröße einher, des Zinses. Wenn es für Geld keinen Zins mehr gibt, hat das Verteilungswirkungen, die gerade in den Momenten einer Hausse von Aktien und Immobilien augenfällig werden: Die Vermögenden werden reicher, während Millionen in Kurzarbeit noch nicht einmal mehr sparen können.

Von einer Welt ohne Zinsen haben schon viele geträumt: darunter Philosophen, Religionsführer, sogar Ökonomen wie Karl Marx. Dabei haben sie stets als ungerecht empfunden, dass sich mit dem Verleihen von Geld anstrengungslos noch mehr Geld machen lässt.

Seit zehn Jahren haben die Notenbanken in den beiden großen Blöcken der kapitalistischen Welt den Zins faktisch abgeschafft – und ausgerechnet mit „Freigeld“ eine Welt kreiert, die ungerechter nicht sein könnte. Nicht nur, dass wenige vermögende Sparer keine Chance haben, ihr kleines Geld sicher zu mehren. Vielmehr nährt die Liquidität die Hausse in Vermögensklassen wie Aktien oder Immobilien, in die der wenig vermögende Normalbürger erst gar nicht investiert. Das sieht dessen Bilanz im Verschuldungsfalle in Nullzinsphasen besser, tut dabei kaum etwas zur Sache. Billiges Geld wird schließlich nur bei optimalen Sicherheiten ausgegeben. Das heißt: Eine steigende Vermögensungleichheit verhindert die Abwesenheit von Zinsen gerade nicht, im Gegenteil. Nach zehn Jahren Nullzinspolitik hat sich die schöne Gerechtigkeits-Utopie der Zinskritiker als Illusion entpuppt.

Corona, der Impfstoff und die Welt

Wer das weltweite Rennen um ein Corona-Vakzin zum nationalen Machtspiel erklärt, hat schon verloren | Von Frank Hofmann

Am Ende war es wahrscheinlich nur ein Gerücht: Donald Trump wolle die Kontrolle über den Tübinger Impfstoff-Entwickler Curevac gewinnen, schrieb Die Welt am Sonntag im März und insinuierte: Die US-Regierung wolle sich exklusive Rechte an einem Impfstoff gegen das SARS-CoV-2 Virus sichern und einen deutschen Biotech-Mittelständler aus dem Württembergischen schlucken. Deutschland war auf dem Weg in den Lockdown, und die Schlagzeile passte gut zur allgemeinen Verunsicherung, während nationale Regierungen in Europa die Europäische Union ins vergangene Jahrhundert zurückbeförderten und die Grenzen schlossen.

Mittlerweile geht Curevac in den USA an die Börse, die deutsche Regierung steigt in das Unternehmen des Hauptinvestors Dietmar Hopp ein, die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung hält Anteile. Der Börsengang ist ein schöner Beweis dafür, dass es offenbar doch nicht so einfach ist, wie die ursprüngliche Schlagzeile glauben machen wollte: Zack, da kommt einer und schnappt sich das Allheilmittel weg, um die größte Herausforderung für Deutschland „seit dem Zweiten Weltkrieg“ (Angela Merkel) zu bewältigen. Zwischenzeitlich gilt ein von dem Mainzer Unternehmen Biontech gemeinsam mit dem US-Pharmamulti Pfizer entwickeltes Präparat als heißer Kandidat im Kampf gegen Covid-19. Die Aktiennotierung des zweiten deutschen Mittelständlers im Rennen um den Impfstoff rauscht zwischenzeitlich in den Keller – weil das Unternehmen Verluste ausweisen muss

wegen des vielen Geldes, das es in die Forschung steckt. Es ist offenbar kompliziert.

Der weltweite Wettlauf um einen Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus wird seit Beginn der Pandemie immer wieder als Kampf der Nationen erzählt. Zuletzt mit der Anknüpfung Wladimir Putins, Russland werde jetzt mit einem im Land entwickelten Stoff die eigene Bevölkerung durchimpfen. Die Zulassung erfolgt ganz offensichtlich unter Umgehung gängiger Testreihen vor Marktfreigabe, wie sie derzeit alle Impfstoff-Entwickler weltweit durchführen. Und wie sie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen werden.

Sollte der Mann im Kreml nicht nur eine weitere Propaganda-Rede an seinem Schreibtisch gehalten haben, sondern es tatsächlich so weit kommen, wäre es wohl der gefährlichste medizinische Feldversuch seit sehr langer Zeit. „Wir haben das Wundermittel, die anderen nicht“ ist das Narrativ der Vereinfacher und Populisten. Wer es nicht ganz so drastisch mag, denkt vielleicht auch an ein kleines galisches Dorf und einen Druiden mit weißem Bart.

Dabei gibt es tatsächlich schon jetzt ein Mittel, das jeden Tag hilft auf dem Weg aus der Covid-19-Krise. Es ist die Grundlage offener Gesellschaften und in den liberalen Demokratien dieser Welt allgegenwärtig und zugänglich: die freie Information, zu der allerdings auch der Wille zählen muss, sich ihrer zu bedienen. Wie sehr der offene Informationsfluss, die Abwägung und der daraus folgende Erkenntnisgewinn

Schlüssel zum Erfolg gegen Covid-19 ist, lässt sich seit Beginn der Pandemie gut verfolgen. Genauso wie das Gegenteil: Also das Sich-Verschließen, das Dichtmachen vor Erkenntnis. Denn das stand schon ganz am Anfang dieser Naturkatastrophe, die sich nach dem Stand der Dinge aus einer Zoonose entwickelt hat, also dem Überspringen eines tierischen Virus auf den Menschen, sehr wahrscheinlich in der Elf-Millionen-Metropole Wuhan in China.

Am 30. Januar dieses Jahres setzt sich der Generalsekretär der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, auf seinen Stuhl im Pressesaal der UN-Organisation in Genf und erklärt eine „gesundheitliche Notlage mit internationaler Tragweite“. Er warnt, dass SARS-CoV-2 sich auf den Weg um die Welt gemacht hat, und lobt ironischerweise die Partei-Oberen in Peking für ihre „außerordentliche Anstrengung“ im Kampf gegen das Virus. Wir wissen heute, dass das Unfug ist. Der ehemalige Spiegel-Reporter Cordt Schnibben hat gemeinsam mit dem Mitgründer der Investigativ-Plattform



FRANK HOFMANN

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.

Correctiv David Schraven und einem weltweit vernetzten Team die Reise des neuartigen Coronavirus und die Fehlleistungen der Politik nachgezeichnet (Corona – Geschichte eines angekündigten Sterbens, dtv 2020). Sie liefern auch eine gute Erklärung für das Lob des WHO-Generalsekretärs gegenüber dem UN-Sicherheitsratsmitglied China: „Die WHO in Genf hat noch nicht einmal ein Instrument wie einen Sicherheitsrat oder eine Liste der Schande. Sie kann nicht sanktionieren. Sie kann nur laut ‚Alarm!‘ rufen und muss diesen Ruf möglichst diplomatisch verkleistern.“ Die Vereinten Nationen haben nur so viel Macht, wie ihre Mitglieder der Weltorganisation zugestehen. Und wie sehr sie nach dem Prinzip der freien Information handeln. Oder eben nicht.

Am Beginn dieser Pandemie steht ein junger Augenarzt aus Wuhan. Li Wenliang erkennt die Gefahr des Virus, der Monate später die Welt lahmlegen wird. Bevor er selbst an Covid-19 stirbt, wird der 33-Jährige von den örtlichen Sicherheitsbehörden drangsalieren, inhaftiert, verfolgt. Er hatte Kolleginnen und Kollegen mit Smartphone-Nachrichten auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Er hat die ersten Informationen über das Virus verbreitet, anfangs glaubte er noch, es könnte sich um ein Wiederauflammen des SARS-Virus handeln, der ab 2002 in Ost- und Südostasien epidemisch grassierte. Sehr wahrscheinlich wusste Peking da schon mehr – doch die chinesische Führung hielt ihre Informationen drei Wochen lang unter dem Deckel.

Wie wertvoll der Faktor Zeit in Verbindung mit dem Fluss von Informationen in dieser Pandemie ist, illustriert der Sprung von China nach Deutschland, in die Hauptstadt. Der Blick führt zu Olfert Landt, dem Gründer der Firma TIB Molbiol in der Nähe des ehemaligen Flughafens. Der Wissenschaftler entwickelt seit 30 Jahren medizinische Tests, auch schon für das Ebolavirus und die WHO. Gemeinsam mit dem Charité-Virologen Christian Drosten entwickelte er den ersten Test für das neuartige Coronavirus. In wenigen Tagen: nachdem die Informationen über den „Code“ von SARS-CoV-2 bekannt, die Informationen für seinen Test vorlagen. Erste Packungen mit den Teströhrchen schickte er nach Asien und bat darum, den Test auszuprobieren. Es hat funktioniert. Über die anfängliche Reaktion der Politik in Deutschland auf den Virus-Ausbruch sagt Landt: „Objektiv gesehen hat man es unterschätzt, obwohl man die Situation in China vor Augen hatte und wenig später gesehen hat, wie es Italien ergangen ist.“

Wahr ist aber auch: Seither wurde sehr viel richtig gemacht. Wir wissen heute Bescheid über die Effektivität von Schutzmasken und das Abstandhalten im Kampf gegen das Virus, weil die Epidemiologen schnell erkannten, dass viele Länder in Südostasien damit die Infektionskurven senken konnten. Die Information floss – sie ist die Medizin im Kampf gegen Covid-19. Das Gleiche gilt für die Erforschung künftiger Impfstoffe.